

Per Mail: [frank.schmidbauer@efv.admin.ch](mailto:frank.schmidbauer@efv.admin.ch) / [jonas.vetter@efv.admin.ch](mailto:jonas.vetter@efv.admin.ch)

Bern, 20. Dezember 2023

## **Vernehmlassung: Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und zum direkten Gegenentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage stellt der Bundesrat der Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» einen direkten Gegenentwurf auf Verfassungsebene gegenüber. Die Volksinitiative verlangt, dass Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen und dass ein allfälliger Ersatz des Schweizerfrankens durch eine andere Währung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden muss.

Der Bundesrat teilt die Ansicht der Initiantinnen und Initianten, dass Bargeld für die Gesellschaft und Wirtschaft eine hohe Bedeutung hat und dass die Sicherstellung der Bargeldversorgung eine essenzielle Staatsaufgabe ist bzw. bleiben muss. Allerdings erachtet der Bundesrat die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Normtexte als zu unpräzise. Er beantragt daher, die Volksinitiative abzulehnen und stattdessen den direkten Gegenentwurf anzunehmen. Letzterer nimmt die wesentlichen Überlegungen der Volksinitiative auf.

### **Die Mitte lehnt die Volksinitiative ab, unterstützt aber den direkten Gegenentwurf auf Verfassungsebene**

Auch Die Mitte anerkennt den hohen Stellenwert von Bargeld für die Menschen. Die einfache Nutzbarkeit und die «technische» Zuverlässigkeit vermitteln Sicherheit und ermöglichen es, die finanzielle Privatsphäre zu schützen. Diese Bargeldeigenschaften stärken das Vertrauen der Bevölkerung in die Währungsstabilität. Dem Bargeld kommt nicht zuletzt auch eine gewisse sozialpolitische Funktion zu, da es eine vereinfachte Budgetkontrolle ermöglicht und damit dem Verschuldungsrisiko entgegenwirkt.

Mit Blick auf den hohen Stellenwert von Bargeld für die Gesellschaft und Wirtschaft sowie auch den zentralen Funktionen von Bargeld scheint aus Sicht der Mitte eine verfassungsrechtliche Verankerung der Schweizerischen Währungseinheit und der Gewährleistung der Bargeldversorgung durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) geboten.

Allerdings teilt Die Mitte die Ansicht des Bundesrates, dass die mit der Volksinitiative beantragte Formulierung dafür wenig geeignet ist. Denn diese umschreibt die schweizerische Währungseinheit anders, als man es aus anderen Gesetzen kennt. Auch verlangt die Volksinitiative, dass Bargeld in genügender Form zur Verfügung stehen muss, was letztlich darauf abzielt, die Bargeldnutzung sicherzustellen. Dies würde sich allerdings mit der vorgeschlagenen Formulierung nicht umsetzen lassen und ebenfalls zu Unklarheiten führen.

Vor diesem Hintergrund erachtet Die Mitte den vom Bundesrat vorgeschlagenen direkten Gegenentwurf als besser geeignet, um dem hohen Stellenwert von Bargeld für die Gesellschaft und Wirtschaft aus staatspolitischer Sicht gerecht zu werden. Die mit dem direkten Gegenentwurf beantragte Formulierung ist klar, fügt sich in die bestehende Verfassungs- und Gesetzgebung ein und schafft eine hohe Bestandessicherheit für den Franken als schweizerische Währungseinheit.

## **Die Mitte**

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz